

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Verleger: Dr. Carl Schönbach, Dresden, Neumarkt 10. Druck: Carl Schönbach, Dresden, Neumarkt 10. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Monat. Ausland: 50 Pf. pro Monat. Postamt: Dresden, Neumarkt 10. Telephon: 1000. Telegramm: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 75 Dresden, Mittwoch den 30. März 1927 38. Jahrg.

Hintergründe der Fememorde

Von Karl Sebering

In den Abendstunden des 17. März 1923 waren in einem kleinen Restaurant in Wannsee bei Berlin auf Einladung des bekannten Oberleutnants Rohbach einige Personen versammelt, um den Geburtstag eines „zu abwesenden“, den Geladenen auch sonst völlig unbekanntem politischen Agitators zu begehen. Etwa 20 aktive Soldaten aus allen Gegenden des Reiches und etwa ebenso viele Zivilisten jähle der Kreis der Gratulanten. Unter ihnen waren einige Offiziere der Reichswehr, denen Rohbach über den Zweck der Geburtsfeier folgendes auseinandersetzte:

Der preussische Minister des Innern beabsichtige zum April alle vaterländischen Organisationen, die nach der Bildung der deutschvölkischen Freiheitspartei den Kampf für die Bildung von Freiwilligen-Regimentern zu führen, aufzulösen und damit einen Freiheitskrieg gegen die Franzosen unmöglich zu machen. Würde der Minister seine Absicht ausführen, so könne es zum offenen Entscheidungskampf zwischen den „Vaterländischen“ einerseits und der Regierung andererseits kommen. In diesem Kampfe möge sich die Reichswehr unter moralischer Unterstützung der vaterländischen Verbände neutral verhalten. Der Reichskanzler Cuno und der Chef der Heeresleitung, v. Seeckt, hätten für diesen Zweck nicht die gewünschte Interesse bekundet.

Die Teilnehmer an der Versammlung wurden kurze Zeit später von der Polizei festgesetzt, Rohbach und einige andere verhaftet. Rohbach war nur einer von denen, die ihre frühere militärische Laufbahn und ihre Verbindung mit wirtschaftlich gut fundierten Organisationen beibehalten wollten, um wenigstens einige Teile der Reichswehr an der Seite der Putschisten zu bringen. Die anderen waren am Werk, die — ebenfalls aufgelöste — deutschvölkische Freiheitspartei betätigte sich in anderen Organisationsformen, woran sie niemand hinderte. Auch Versuche, in die Reichswehr einzudringen oder neben der Reichswehr bewaffnete Organisationen aufzustellen, wurden von der größten Härte fortgesetzt — von der Polizei selbstständig mit derselben Härte verfolgt. Durch den neuen Reichspräsidenten Wilhelm II. ist die Öffentlichkeit darüber unterrichtet worden, daß die Heeresverwaltung zur Einlösung und Aufrechterhaltung von Waffen und Heeresgut so genannte Arbeitskommandos in Kärnten und Frankreich, in Döberitz und Jüterbog, in Spandau und Landsberg eingerichtet hatte, die, wenn sie auf die festgesetzte Zahl beschränkt geblieben wären, weder außen noch innen eine Gefahr für die Republik werden konnten. Aber sie blieben auf diese Höhe nicht beschränkt. Die „Auchpolitiker“ in Deutschland, die mit einer gewalttätigen Beendigung des Ruhrkampfes drohten und mit dem Widerstand, den sie dabei zunächst im ganzen Deutschland finden würden, die rüsteten auf. Sie waren die Arbeitskommandos immer neue Leute, besonders in Kärnten, zu. Natürlich wurden alle zum strengen Stillstand verpflichtet, aber ebenso natürlich war es, daß in Kärnten und in und um Döberitz und Spandau die Augen es von den Dächern piffen, was in den Forts Gortz und Hahnberg vor sich ging.

Wald war es so weit, daß die Buchruder, Gutfnecht, Cuno und die Angehörigen und mit ihnen in offen hervortreten zu können. Bis dahin wurden nur bei polizeilichen Kontrollbesuchen sondern bei militärischen Besichtigungen die vielen „Auchpolitiker“ vor dem Visittor verhaftet gehalten. Selbst der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, ist auf diese Weise gefangen worden. Ende September aber sollte es losgehen, und darum mußten eilends die vordem „Ausgebildeten“ einberufen werden. Täglich näherten sich in den verschiedenen Aufzügen größere oder kleinere Truppenverbände Spandau, die einer ruhig, die anderen in der Eile. Die Herren der Art, hatten noch ihre Verbindungen mit dem im Inflationsjahr noch immer sehr fröhlichen wirtlichen Organisationen, die ja auch ferner helfen wollten!

Die kürzeren gezogen hätte, aber ebenso steht fest, daß die sieben- bis neunhundert Eingeschlossenen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Gewehren einen fürchterlichen Schaden hätten anrichten können. Denn die Leute waren sehr kriegerisch gestimmt.

Als einmal die Frage erörtert wurde, unter welcher Beteiligung die Zitadelle und ihre Insassen zu beschützen, da wurde von den militärischen Stellen abgeraten, weil niemand die Garantie übernehmen wollte, sich wieder lebendig aus der Zitadelle herauszuführen!

Entwaffnet zogen schließlich die Freiwilligen-Abteilungen ab. In der Prignitz, im Ostbavelland, in Niedersachsen wurden die Beschäftigten untergebracht. Ihre Führer aber beratschlagten in München mit Ehrhardt und seinem Anhang, wie man die Mannschaften in den Formationen Ehrhardts zunächst an der Thüringer Grenze und dann später im Norden Deutschlands wieder verwenden könne. Bis die Komödie im Bürgerbräukeller in München auch die letzte Fassung zerstörte, mit diesen Vorbereitungen den Sturz der Regierung und des Reiches herbeizuführen.

Das waren die Hintergründe der Fememorde. Die Gerichte hatten ihre kriminelle Seite zu

untersuchen und zu beurteilen. Die Urteilsbegründung im Wilhelm-Prozess läßt ja in der Charakterisierung der Mordtaten nichts zu wünschen übrig. Lassen sie sich politisch in milderem Licht darstellen? Ich kann diese Frage nicht bejahen. Mag sein, daß einige Leute der Arbeitskommandos von den besten Absichten geleitet waren, als sie ihre Formationen schufen.

Die Zeit der Irrungen und Wirrungen, wie Gehler am Montag im Reichstag die Jahre der Verfassung und der Inflation genannt hat, hat sicherlich auch sie nicht unberührt gelassen. Aber waren schon diese „Aktionen“ ein Verbrechen am deutschen Volk, da sie stets der Interalliierten Militärkommission verraten wurden und ein Spießsystem großzogen, von dem nur der ehemalige Feindbund Nutzen zog, so waren die Mittel, um die Geheimhaltung zu erzwingen, so unendlich grausam und wichtig, daß es ein weiteres Verbrechen wäre, sie zu entschuldigen oder zu beschönigen. Unter diesen angeblichen „Patrioten“ gab es notorische Verbrecher, Abenteurer, Vaterlandsverräter und Mordbuben.

Als vor vier Jahren die preussische Polizei die edle Kampagne der Schulz und Senden von Zeit zu Zeit aufschreckte und von ihrem lichtschuen Treiben den Schleier zog, da zeternten die Aupatrioten über Landeserrat und Spießsystem der Polizei. Heute dämmert es allmählich auch in Kreisen, die damals Mitrufer im Streit gegen die Polizei waren: Es ging um mehr als um das Leben einiger Wehrleute, es ging um den Bestand der Republik und um Lebensinteressen der Nation.

Wie lange noch?

Die peinliche Rassenführung der „Deutschen Studentenschaft“

Die akademische Jugend hat der deutschen Republik wenig Freude, aber viel Sorge gemacht. Während der jugendliche Ueberchwang einst in der Richtung der Freiheit ging, läuft er seit einem Jahrzehnt in die Bahnen der Reaktion, sein Symbol ist ein Stahlhelm, seine Zeitschrift der Fideicrucius. Die geringen Minderheiten, in denen freibühlerischer Geist und Einflang mit den vorwärtsdrängenden Klassen lebendig ist, konnten und können gegenüber der Gesamtbewegung nicht hochkommen; ganz besonders deshalb nicht, weil die Zentrale der studentischen Organisationen, die „Deutsche Studentenschaft“ in Berlin, mit allen Mitteln bemüht war, die demokratische Einrichtung studentischer Selbstverwaltung in eine schwarzweiche Festsitzung umzuwandeln.

Sie gestaltete die Studententage zu Dokumenten akademischen Dünfels und politischer Weltentfremdung; sie liebäugelte hingebungsvoll mit der schwarzen Reichswehr; sie begünstigte lieblich dunkel jeglichen Studentenstand; sie arbeitete mit der Dreifigkeit einer feindlichen Macht gegen jede liberale Regierung, auch wenn deren Vertreter, wie der preussische Unterrichtsminister Becker, wahrhaftig nichts mit Sozialisten gemein hatten; sie leistete im übrigen nicht das geringste Positive, sie erbrachte nur den Beweis, was sich die junge deutsche Republik in ihrer unendlichen Sanftmut alles gefallen läßt — selbst von jungen Herren, die den Vorzug genießen, sich auf Kosten sämtlicher deutscher Steuerzahler zum Segen des deutschen Volkes für ihre künftigen „Führerberufe“ vorzubereiten.

Die Studenten studieren auf Kosten der deutschen Steuerzahler, ihre Berliner Zentrale, die „Deutsche Studentenschaft“, regiert auf Kosten der deutschen Studenten. Denn jeder deutsche Hochschüler ist gezwungen, zu Beginn jedes Semesters zugleich mit den Vorlesungsgebühren und mit anderen Gebühren einen Kopfsbeitrag von 75 Pf. für die „Deutsche Studentenschaft“ zu entrichten, und mag auch seine politische Ueberzeugung deren Tendenzen noch so sehr verabschonen. Und eingenommen und verrechnet werden diese

Gelder von den Kasserverwaltungen der Hochschulen, also von Beamten, und auf Kosten eines Staates, der zum Dank für seine hilfreichen Dienste von den regierenden Herren innerhalb der „Deutschen Studentenschaft“ angepöbelt wird.

Da soll dann noch jemand von der mangelnden Toleranz des jungen Staates sprechen!

Aber es kommt noch ärger. Obwohl vor zwei Jahren bekannt wurde, daß — sagen wir einmal zartfühlend — in der Rassenführung der „Deutschen Studentenschaft“ „nicht alles gestimmt hatte“, dulden die Regierungen seit einiger Zeit noch die zwangsläufige Erhebung eines weiteren Kopfsbeitrags von 25 Pf. pro Semester zugunsten der „Deutschen Studentenschaft“, die von diesen Einnahmen eine sogenannte „Gefallenen-Gedenkstätte“ einrichten will. Sie soll armen deutschen Studenten Kenntnis und Studium des Auslands ermöglichen. Daher der Name „Gefallenen-Gedenkstätte“.

Und siehe da: in der Verwaltung dieser Gelder stimmt, wie neuere Pressemeldungen trotz allen Protesten beweisen, auch wieder etwas nicht! Und es wird sicher der „Deutschen Studentenschaft“ auch wieder gelingen, die Affäre „so unter der Hand“ zu erledigen. Wir aber fragen nun allen Ernstes und insbesondere auch im Hinblick auf die kommenden Staatsverhandlungen:

Wie lange will sich denn der demokratische Teil der Bevölkerung noch lächerlich machen und dulden, daß durch staatliche Organe zwangsmäßig von jedem Studenten, auch wenn er Sozialist und Arbeiterjohn ist, Beiträge für eine Organisation erhoben werden, die die unbetrauten Gelder in diesem Geiste und mit dieser Sorgfalt verwaltet?

Es gibt Fälle, in denen die Langmut nicht nur zur Dummheit, sondern geradezu zum Verbrechen werden kann. Will die deutsche Republik auch hier wieder zu lange warten?

Schulgesetz — im Eiltempo

Reudell und das Zentrum machen es
D. Berlin, 30. März. (Fig. Funkdruck.) Von gut-unterrichteter Seite will das Berliner Tageblatt erfahren haben, daß der Reichsinnenminister v. Reudell beabsichtigt, gleich nach den Osterferien dem Reichstag den Entwurf für das neue Reichsschulgesetz vorzulegen. Dieser Entwurf wird nach der gleichen Quelle gegenwärtig vom Ministerialrat Belengar, der als Leiter der Kulturbteilung des Reichsministeriums des Innern in Aussicht genommen ist und dem Zentrum nahesteht, bearbeitet. In den Kreisen der Regierungsparteien nimmt man an, daß das Reichsschulgesetz noch vor dem Beginn der Sommerferien verabschiedet werden könne. Die erste Lesung soll vor Pfingsten im Plenum des Reichstages stattfinden. Während der Pfingstferien, die vom 12. Mai bis zum 13. Juni dauern werden, soll dann der Bildungsausschuß des Reichstages den Entwurf beraten.

Noch keine Regierung in Thüringen

M. Weimar, 29. März. (Fig. Draht.) Am Dienstag haben sich auch Wirtschaftspartei, Landbund und Volkspartei in Abänderungsvorschlägen zu den demokratischen Richtlinien für die Regierungsbildung in Thüringen geäußert. Die demokratische Fraktion beabsichtigt, aus ihrem Entwurf und den Vorschlägen der andern Parteien ein neues Programm zu erstellen. Sie gedent es dann den übrigen Parteien als Programm einer Regierung der Mitte zur endgültigen Entscheidung vorzuschlagen.

Linksregierung und Regierung der Großen Koalition sind gescheitert. Diese „Regierung der Mitte“ soll also alle bürgerlichen Parteien mit Ausschluß der Deutschnationalen umfassen. Auch diese Regierung wäre nicht haltbar und stünde unter der Fuchtel der Deutschnationalen. Die Regierungsfrie schließt sich nun schon mehrere Monate hin, derweilen die jurüßgetretene Ordnungs-Blodregierung lustig und heiter die Geschäfte führt.